



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2023

Staatskanzlei STA

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	10. Januar 2024
Geschäftsnummer:	2022.STA.1788
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	4
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	4
5.	Planungserklärungen	5
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	6

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2023 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

STAATSKANZLEI (STA)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
163-2017 M	Graber (La Neuveville, SVP) vom 19.06.2017 Umsiedlung der in Moutier gelegenen bernischen Institutionen	06.12.2017	31.12.2021	Der Kantonswechsel von Moutier soll spätestens am 1. Januar 2026 erfolgen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene neue Organisation der Verwaltung, der Justiz, der Polizei und der französischsprachigen Schulen im Berner Jura wurde 2023 durch den Grossen Rat beraten und im Grundsatz gutgeheissen.
193-2017 M	Benoit (Corgémont, SVP) vom 04.09.2017 Kein Kantonswechsel ohne Streichung von Artikel 138 und 139 der jurassischen Kantonsverfassung	06.12.2017	31.12.2021	Die Abstimmung vom 18. Juni 2017 über die Kantonszugehörigkeit der Gemeinde Moutier wurde von den Justizbehörden definitiv annulliert und musste am 28. März 2021 wiederholt werden. Die Gemeinde Moutier hat sich für einen Wechsel zum Kanton Jura entschieden. Das vereinbarte Konkordat über den Kantonswechsel von Moutier, das im November 2023 unterzeichnet wurde und 2024 dem bernischen und dem jurassischen Parlament unterbreitet wird, regelt diese Fragen.
041-2019 M	Gullotti (Tramelan, SP) vom 04.03.2019 Gedenkstätte für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen	26.11.2019 Annahme als Postulat	31.12.2023	Das Berner Zeichen der Erinnerung ZEDER wurde am 25.05.2023 in Köniz durch die Regierungspräsidentin anlässlich einer würdigen Feier offiziell eröffnet. ZEDER umfasst eine Erinnerungstafel, eine Plakatausstellung, eine Website und Schulmaterialien. Rund 170 Berner Gemeinden und Kirchgemeinden beteiligten sich an der Aktion und organisierten Ende Mai/Anfang Juni einen Gedenk Anlass: Die Gedenktafeln wurden eingeweiht, es wurden Lesungen, Filmabende, Konzerte und zahlreiche Begegnungen mit Betroffenen veranstaltet. Das Berner «Zeichen der Erinnerung» ist in enger Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Opfergruppen entstanden.
074-2021 M	Streit-Stettler (Bern, EVP) vom 22.03.2021 Förderung der Meinungsbildung zur kantonalen Politik in den Medien	09.12.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Der Grosse Rat stimmte der zur Umsetzung des Vorstosses nötigen Rechtsgrundlage im revidierten Informations- und Medienförderungsgesetz in der Herbstsession 2022 zu. Im Rahmen der Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen wurde das als Postulat überwiesene Anliegen aufgenommen. Der Regierungsrat verabschiedete die entsprechende Änderung der IMV am 15. November 2023.
125-2021 M	Heyer (Perrefitte, FDP) vom 08.06.2021 Der Kanton Bern darf seine Liegenschaften nicht unter Wert veräussern!	02.12.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Das vereinbarte Konkordat über den Kantonswechsel von Moutier, das im November 2023 unterzeichnet wurde und 2024 dem bernischen und dem jurassischen Parlamente unterbreitet wird, regelt die Frage der Vermögensausscheidung.
172-2021 M	Klopfenstein (Corgémont, SVP) vom 03.09.2021 Kein Kantonswechsel von Moutier ohne vorgängige definitive vermögensrechtliche Auseinandersetzung	14.06.2022	31.12.2024	Das vereinbarte Konkordat über den Kantonswechsel von Moutier, das im November 2023 unterzeichnet wurde und 2024 dem bernischen und dem jurassischen Parlamente unterbreitet wird, regelt die Frage der Vermögensausscheidung
180-2021 M	Stucki (Stettlen, glp) vom 06.09.2021 Subsidiäre Finanzierung der Gosteli-Stiftung langfristig sicherstellen	30.11.2021 Annahme	31.12.2023	In der laufenden Revision des Archivgesetzes wurde eine Rechtsgrundlage für Finanzierung der Gosteli-Stiftung aufgenommen. Der Regierungsrat verabschiedete die Vorlage an seiner Sitzung vom 15. November 2023. Der Grosse Rat wird in der Frühlingssession befasst (1. Lesung)
019-2022 M	Bichsel (Zollikofen, SVP) vom 07.03.2022 Digitale Langzeitarchivierung für Gemeinden mit kantonomer Beteiligung	08.06.2022	31.12.2024	Der Regierungsrat verabschiedete die entsprechende Revision des Archivgesetzes an seiner Sitzung vom 15. November 2023. Der Grosse Rat wird in der Frühlingssession 2024 befasst (1. Lesung).

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

STAATSKANZLEI (STA)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
060-2021 M	Marti (Bern, SP) vom 18.03.2021 Transparenz über Politikfinanzierung – auch kantonal	09.12.2021 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: Annahme als Postulat Ziffer 6: Annahme als Postulat	31.12.2023	Der Regierungsrat eröffnete im Oktober 2023 die Vernehmlassung zu den für die Umsetzung des Anliegens erforderlichen Rechtsgrundlagen (Teilrevision Gesetz über Politischen Rechte). Parallel zum Rechtsetzungsprojekt wurden erste Arbeiten zur Schaffung und Implementierung einer entsprechenden Plattform gestartet. Der Grosse Rat wird 2024 mit dem Geschäft befasst.	F2
173-2020 M	Von Arx (Schliern b. Köniz, glp) vom 10.06.2020 Volksrechte weiter digitalisieren – auch ohne E-Voting	11.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Der Regierungsrat wird im 1. Quartal 2024 mit dem Prüfbericht zu den geforderten Digitalisierungsschritten befasst	F1

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

STAATSKANZLEI (STA)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
131-2021 M	Zimmerli (Bern, FDP) vom 09.06.2021 Pilotversuche zwecks Einführung von E-Collecting im Kanton Bern	10.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Verschiedene Prüfungen betreffend die Einführung von E-Collecting wurden initiiert. Der Regierungsrat wird 2024 im Rahmen des Prüfberichts zum Vorstoss 173-2020 auch mit der Durchführung von Pilotversuchen befasst.	
048-2022 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 08.03.2022 Übersicht und Effizienz bei ausserparlamentarischen beratenden Fachkommissionen	28.11.2022 Annahme	31.12.2024	In Zusammenarbeit mit allen DIR wird ein Bericht mit den geforderten Informationen zu allen Fachkommissionen erarbeitet. Der Grosse Rat wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 mit dem Geschäft befasst.	
063-2022 M	Roulet Romy (Malleray, SP) vom 15.03.2022 Ein Gesetz und mehr finanzielle Unterstützung für die Förderung der Zweisprachigkeit – jetzt!	28.11.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: zurückgezogen	31.12.2024	Die vom Grossen Rates gefragte Analyse ist initiiert.	
067-2022 M	Sancar (Bern, Grüne) vom 15.03.2022 Politische Rechte für Menschen mit umfassender Behindertenschaft	28.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Bundesrat verabschiedete Ende Oktober den Bericht zur politischen Teilhabe von Schweizerinnen und Schweizern mit einer geistigen Behinderung. Gestützt auf den Bericht des Bundes wird der Vorstoss auf kantonalen Ebene bearbeitet und ein entsprechender Prüfbericht verfasst.	
089-2022 P	Hess (Nidau, FDP) vom 22.04.2022 Mit QR-Code Wahlbeteiligung erhöhen	07.03.2023	31.12.2025	Im Rahmen der Digitalisierung der politischen Rechte wird das postulierte Anliegen geprüft.	
056-2023 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 14.03.2023 Politische Partizipation von Jugendlichen stärken, Teil 1 – Schaffung eines offiziellen kantonalen Jugendparlaments	04.09.2023	31.12.2025	Die Umsetzung des Vorstosses erfolgt in Zusammenarbeit mit den Parlamentsdiensten (vgl. M 057-2023 Politische Partizipation von Jugendlichen stärken, Teil 2 – Vorstossrecht für das kantonale Jugendparlament)	

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

STAATSKANZLEI (STA)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Bericht E-Voting im Kanton Bern Planungserklärung Kommission (Leuenberger, Trubschachen) / EVP (Steiner, Langenthal)	31.03.2009		Der Grosse Rat nimmt den Bericht des Regierungsrats zum E-Voting im Kanton Bern vom 10. Dezember 2008 zur Kenntnis. Der Grosse Rat gibt folgende Planungserklärung gemäss Artikel 52 Absatz 4 des Grossratsgesetzes ab:		
		2	Das Ausüben des Stimmrechts durch E-Voting soll allen Stimmberechtigten ermöglicht werden. Dabei ist im Rahmen interkantonalen Zusammenarbeit eine kostengünstige Lösung anzustreben. Sicherheitsaspekten ist eine hohe Priorität einzuräumen und die Erfahrungen mit dem E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind zu berücksichtigen. (angenommen mit 104 Ja gegen 11 Nein, 3 Enthaltungen)	Das vom Kanton Bern mitbenutzte E-Voting-System des Kantons Genf wurde im Juni 2019 eingestellt. Bis auf Weiteres steht E-Voting den Berner Auslandschweizer Stimmberechtigten nicht mehr zur Verfügung. Der Bundesrat hat Ende 2020 – gestützt auf einen von Bund und Kantonen erarbeiteten Massnahmenkatalog – eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs beschlossen. Erste Kantone haben 2023 die Versuche erfolgreich wiederaufgenommen. Der Regierungsrat stimmte der Initiierung einer Studie zur Wiederaufnahme von E-Voting auch im Kanton Bern zu.	In Bearbeitung
		3	Das Unterschreiben von Initiativen und Referenden auf einer elektronischen Plattform soll durch die Regierung geprüft werden. (angenommen mit 89 Ja gegen 28 Nein bei 5 Enthaltungen)	Ob der Kanton Bern ein eigenes E-Collecting-Projekt initiieren soll, prüft der Regierungsrat im Rahmen der beiden überwiesenen Postulate von Arx (173-2020) und Zimmerli (131-2021)..	In Bearbeitung
Jahresbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2016	20.03.2017		Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen, Messerli: Bei der Entwicklung weiterer Projekte mit der Präфекtur Nara berücksichtigt der Regierungsrat, dass sich daraus auch für den Kanton Bern ein direkter Nutzen ergibt.	Die Zusammenarbeit zwischen der Präфекtur Nara und der Berner Fachhochschule lief unter erschwerten Bedingungen infolge der Auswirkungen der Corona-Krise auch 2023 weiter. Das durch die Berner Fachhochschule in diesem Zusammenhang geplante Projekt zum Thema Altersfragen konnte noch nicht gestartet werden, aber im Rahmen eines Jugendaustauschs wurden im März 2023 die Fäden wieder aufgenommen. Im Frühjahr 2024 soll ein Treffen von Expertinnen und Experten der BFH und aus Nara mit dem Ziel stattfinden, relevante Fragen einer alternden Gesellschaft gemeinsam zu vertiefen.	In Bearbeitung
Regulierungs-Checkliste:	03.06.2018		Der Grosse Rat nimmt den Bericht des Regierungsrats «Einführung einer Regulierungsbremse auf Kantonsebene» zur Umsetzung des Postulats 183-2015 P Lanz (Thun, SVP) zur Kenntnis.		
			Der Grosse Rat gibt folgende Planungserklärung gemäss Artikel 52 Absatz 4 des Grossratsgesetzes ab:		
		2.	Der Regierungsrat evaluiert die Anwendung der Regulierungs-Checkliste nach Ablauf von 3 Jahren seit deren Inkraftsetzung und erstattet dem Grossen Rat in geeigneter Form Bericht.	Die Regulierungs-Checkliste wurde 2022 eingeführt. Die Staatskanzlei wird ihre Anwendung evaluieren und den Regierungsrat resp. den Grossen Rat nach drei Jahren mit einem entsprechenden Bericht befassen.	In Bearbeitung

Leichte Sprache beim Internetauftritt und im Informationsmaterial des Kantons Bern	08.06.2021		Der Kanton Bern ergänzt seine Website so rasch wie möglich mit einer Rubrik in Leichter Sprache. Darin werden die zentralen Infos des Kantons für die relevanten Zielgruppen in Leichter Sprache erläutert. Die Rubrik enthält mindestens die Infos zum Schutz von Leben und Gesundheit, zu Rechten und Pflichten der Bevölkerung, zum Bildungssystem und dort, wo Menschen mit Beeinträchtigungen das Zielpublikum sind	Die erforderlichen Inhalte auf den kantonalen Websites wurden identifiziert und an spezialisierte Übersetzungsbüros gegeben. Das Layout des Internetauftritts wurde den Bedürfnissen des Zielpublikums für Leichte Sprache entsprechend technisch angepasst. Anfang 2024 werden die Inhalte in Leichter Sprache auf den Websites des Kantons Bern verfügbar sein.	In Bearbeitung
--	------------	--	--	---	----------------

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

STAATSKANZLEI (STA)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Geschäftsstelle Digitale Verwaltung: Ausgabenbewilligung für die Finanzierung der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	Winter 2023	Der Regierungsrat informiert die zuständigen Kommissionen SAK und FiKo jährlich über – die Zielerreichung der Projekte, – den jeweils aktuellen Planungsstand der Agenda DVS und – die Mittelverwendung	Die gewünschte Berichterstattung erfolgt erstmals per Ende 2024.	In Bearbeitung